



Baden-Württemberg

„GEMEINSAM. FÜR. WEITERBILDUNG“

Die Ziele des Bündnisses für Lebenslanges Lernen 2021-2025

Präambel

Gesellschaft, Wirtschaft und Politik stehen heute vor der wohl größten Herausforderung, die unsere Generation bisher zu bewältigen hatte. Ausgangspunkt für die Formulierung neuer Schwerpunktthemen zum Ausbau des Bündnisses für Lebenslanges Lernen (BLLL) ist der aktuell in alle Bereiche des Lebens eingreifende Strukturwandel, der durch digitale, ökologische und damit auch soziale Transformationsprozesse bestimmt wird. Bei der Bewältigung dieser Herausforderung kommt der allgemeinen, beruflichen und wissenschaftlichen Weiterbildung eine Schlüsselfunktion zu. Deren Angebote können dabei helfen, den Wandel in Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitsmarkt aktiv zu bewältigen, Innovationsbereitschaft und -fähigkeit zu fördern, gesellschaftliche Veränderungen zu verstehen und mitzugestalten, politische wie soziale Verantwortung zu übernehmen und die Integrationskraft des Bildungsbereichs bei unterschiedlichen Ausgangs- und Interessenslagen zu stärken.

Mit dem Bündnis für Lebenslanges Lernen haben sich die Akteurinnen und Akteure im Bereich der Weiterbildung und die Landesregierung ein gemeinsames Fundament gegeben, das im bundesweiten Vergleich einmalig ist. Zu den dauerhaften Zielen aller Bündnispartnerinnen und -partner gehören die Schaffung flächendeckender Strukturen und Beratungsnetzwerke in Baden-Württemberg sowie die Stärkung des Lebenslangen Lernens, der individuellen Weiterbildungsbereitschaft und der Weiterbildungsbeteiligung bei Erwachsenen im städtischen wie im ländlichen Raum. Dies gilt für alle Bevölkerungsgruppen, unabhängig von Alter, Geschlecht, Lebenslage, Beschäftigungssituation, sozialer oder ethnischer Zugehörigkeit, Migrations- oder Fluchterfahrung, Herkunft oder einer Behinderung. Allen Bürgerinnen und Bürgern soll die gesellschaftliche Teilhabe durch Weiterbildung gleichermaßen ermöglicht werden.

Auf Grundlage der am 31. Januar 2011 unterzeichneten Urkunde des Bündnisses für Lebenslanges Lernen schließen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner eine ergänzende Vereinba-



rung, die die vordringlichsten Aufgaben des Bündnisses für die nächsten fünf Jahre konkretisiert. Die Bündnispartnerinnen und -partner setzten sich damit zum Ziel, die in der Folge dargestellten Handlungsfelder gemeinsam und im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten umzusetzen und weiterzuentwickeln. Besonders berücksichtigt werden dabei Themen, die einen besonders hohen Handlungsbedarf in den kommenden Jahren aufzeigen und/oder alle Bereiche der Weiterbildung betreffen.

1. Strukturwandel in Wirtschaft und Arbeitswelt bewältigen

Beschleunigte Veränderungen in Wirtschaft und Arbeitswelt gehen mit einem raschen Wandel von Aufgabenfeldern und Tätigkeitsprofilen einher. Die fortschreitende Digitalisierung, technologische Umbrüche, ökologischer Umbau, Globalisierung, gesellschaftlicher und demografischer Wandel sowie arbeitsmarktbezogene Migration verändern die Rahmenbedingungen und Anforderungen an Betriebe und Erwerbspersonen tiefgreifend und in rasantem Tempo. Der Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommt eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung des Strukturwandels zu. Vor diesem Hintergrund sind zentrale Ziele der beruflichen Weiterbildung, die Beschäftigungsfähigkeit des Einzelnen zu erhalten bzw. zu erhöhen, den beruflichen Aufstieg zu ermöglichen sowie die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu sichern und zu stärken. Dabei gilt es insbesondere, die kleineren und mittelständischen Unternehmen (KMU) in den Blick zu nehmen. Die Bedeutung der Weiterbildung, darüber sind sich alle Akteure in diesem Bereich einig, wird angesichts des beschleunigten Strukturwandels in Zukunft weiter zunehmen. Um den damit verbundenen Anforderungen gerecht zu werden, bedarf es nachhaltiger Anstrengungen aller Beteiligten. Diese konzentrieren sich auf folgende Handlungsfelder:

- Sensibilisierung und Stärkung des Bewusstseins der Beschäftigten und der Betriebe im Land für die Bedeutung der Weiterbildung als Antwort auf den Strukturwandel;
- Unterstützung der Beschäftigten beim Erwerb von Schlüsselqualifikationen sowie von berufsbezogenen Kenntnissen und Fähigkeiten. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf den Umgang mit Zukunftstechnologien, wie z. B. Künstlicher Intelligenz (KI);
- Stärkung einer systematischen und vorausschauenden Personalentwicklung in den baden-württembergischen Betrieben;
- Ausweitung der wissenschaftlichen Expertise zu relevanten Aspekten des Strukturwandels und des damit einhergehenden künftigen Qualifikationsbedarfs;
- Unterstützung von Betrieben, insbesondere von KMU bei Transformationsthemen unter Einbeziehung der Landesinitiativen „Wirtschaft 4.0“, „digital@bw“ und „Digital Hubs“;

- Ausbau und Weiterentwicklung öffentlicher Förderangebote in der beruflichen Weiterbildung;
- verstärkte Inanspruchnahme und Nutzung individueller Fördermöglichkeiten der beruflichen Weiterbildung durch die Beschäftigten;
- bedarfsorientierter Ausbau allgemeiner Weiterbildungsangebote zur Erweiterung relevanter Grundkompetenzen, um jeden Einzelnen bei der Bewältigung neuer Herausforderungen in Folge des Strukturwandels zu unterstützen.

2. Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

Gegenseitige Achtung, Austausch und das Zusammenführen von unterschiedlichen Interessenlagen sind grundlegende Elemente jeder demokratischen Gesellschaft. Die Anforderungen durch Digitalisierung, technologischen Wandel und gesellschaftliche Veränderungen, wie Zuwanderung oder demografische Entwicklung machen das Zusammenleben dynamisch und vielfältig, aber auch komplex und herausfordernd. Vor diesem Hintergrund sind Weiterbildungsanbieter und Unternehmen zunehmend aufgefordert den gesellschaftlichen Zusammenhalt im familiären, beruflichen und öffentlichen Umfeld durch angemessene Bildungs- und Begegnungsangebote zu unterstützen, zur Integration zugewanderter und geflüchteter Menschen beizutragen sowie die gesellschaftliche Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger zu fördern. Als Garant zur möglichst langen Bewahrung eines selbstbestimmten Lebens ist lebenslanges Lernen gerade auch für ältere Menschen eine Notwendigkeit. Das Bündnis setzt sich zum Ziel, diese Entwicklungen aktiv zu begleiten, neue Angebote zur Demokratiebildung zu entwickeln und den Erwerb interkultureller und sozialer Kompetenzen zu unterstützen. Zu den Handlungsfeldern der Bündnispartnerinnen und -partner zählen in diesem Zusammenhang die:

- Unterstützung von Zugewanderten und Geflüchteten in Aus- und Weiterbildung durch Förderung deutscher Sprachkenntnisse, Anerkennung von Berufs- und Studienabschlüssen, Umsetzung von Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen in der Begleitung internationaler Fachkräfte sowie Entwicklung von Maßnahmen zum Auf- und Ausbau inklusiver Unternehmensnetzwerke;
- Unterstützung zugewanderter und geflüchteter Menschen durch vernetzte Förderung von Sprachkompetenz und Erwerb von Schulabschlüssen. Dazu gehört der Ausbau inklusiv gestalteter Angebote zur Vermittlung demokratischer Werte, gegenseitiger Achtung und Toleranz sowie erweiterter interkultureller und interreligiöser Begegnungs- und Dialogangebote, auch in Kooperation mit kulturellen, sozialen und anderen öffentlichen Einrichtungen;

- Entwicklung von Qualifizierungsangeboten zur Stärkung der politischen Weiterbildung, des bürgerschaftlichen Engagements und ehrenamtlicher Tätigkeiten, die zu einem gemeinwohlorientierten Handeln beitragen. Hierbei sind Themen aus dem Bereich Demokratiebildung (wie Werte-, und Gemeinwohlbildung, digitale Ethik oder der Umgang mit Social-Media) besonders zu berücksichtigen;
- Förderung generationsübergreifender, inklusiver und integrativer Angebote, mit denen auch schwer erreichbare Zielgruppen angesprochen werden können, um lebensbegleitendes Lernen sowohl während der Berufsausübung als auch im Alltag und in der Nacherwerbsphase zu stärken;
- Entwicklung eines bedarfsorientierten und in der Qualität gesicherten Angebots von Eltern- und Familienbildung, im Sinne einer ganzheitlichen Förderung von Kompetenzen und Ressourcen für ein gelingendes Zusammenleben. Dabei ist die Förderung der Beziehungs-, Erziehungs- und Alltagskompetenzen von Eltern und des gesamten Familiensystems von zentraler Bedeutung;
- Unterstützung von Weiterbildungsangeboten sowie verschiedenen flankierenden Maßnahmen an erweiterten Lernorten, die möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen die Teilhabe an Information und Wissen ermöglichen sowie Räume für den gesellschaftlichen Diskurs bereitstellen;
- Intensivierung von Maßnahmen und Angeboten zu Präventionsthemen (wie Bildung für nachhaltige Entwicklung und Gesundheitsbildung), um auch dem ökologischen Strukturwandel nachhaltig zu begegnen.

3. Weiterbildungsberatung ausbauen

Über Weiterbildungsberatung können die Suche nach passgenauen Angeboten und Fördermöglichkeiten deutlich unterstützt und Anstöße zu erfolgreichen Weiterbildungspfaden gegeben werden. Mit diesem Ziel wurde 2015 das Landesnetzwerk Weiterbildungsberatung (LN WBB) eingerichtet. Angesichts der aktuellen Herausforderungen gilt es, in der Weiterentwicklung von Kooperationen mit dem LN WBB, Maßnahmen zur flächendeckenden Beratung auszubauen und den Austausch von relevanten Akteuren zu gewährleisten. So bietet insbesondere die Bundesagentur für Arbeit allen Bürgerinnen und Bürgern, die am Arbeitsleben teilnehmen oder teilnehmen wollen, neben einer Aus- und Weiterbildungsberatung, auch eine Arbeitsmarkt- und Qualifizierungsberatung an. Darüber hinaus besteht weiterhin Handlungsbedarf im Bereich der aufsuchenden Weiterbildungsberatung vor allem für bildungs- und sozialbenachteiligte Erwachsene mit und ohne Migrationshintergrund, mit Sprach- und Lernschwie-

rigkeiten sowie mit physischem und/oder psychischem Handicap. Die Bündnisarbeit der kommenden Jahre konzentriert sich daher auf die:

- engere Vernetzung von Weiterbildungs- und Beratungsstellen unter Einbeziehung bereits vorhandener flächendeckender Netzwerke in Baden-Württemberg. Dazu gehören das Landesnetzwerk Weiterbildungsberatung, die Regionalbüros für berufliche Fortbildung sowie das Beratungsnetzwerk zum lebensbegleitenden Lernen der Bundesagentur für Arbeit (BA);
- Entwicklung neuer Schulungskonzepte und -formate für Beratende zur Unterstützung flankierender Beratungs- und Betreuungsangebote sowohl im privaten als auch im beruflichen Umfeld (z. B. durch den Erwerb von „Institutionenwissen“, d. h. von Grundkenntnissen über das aktuelle Spektrum an Angeboten aus allen Bereichen der Weiterbildung sowie durch verstärkte Webinar-Angebote für Beratende vor Ort);
- Einbindung virtueller Beratungsmöglichkeiten und gemeinsame Bewerbung niederschwelliger Erstberatung (z. B. durch Ausbau des Online-Beratungschats auf dem Digitalen Weiterbildungscampus, des neuen Portals für lebensbegleitendes Lernen der BA und anderer Service-Angebote auf www.arbeitsagentur.de);
- Stärkung der aufsuchenden Weiterbildungsberatung, unter anderem durch innerbetriebliche Ansprache über Initiativen der Sozialpartner und die Umsetzung innovativer Projekte, in enger Zusammenarbeit mit sozialen und kulturellen Einrichtungen.

4. Grundbildung sichern und ausbauen

Grundbildung zielt darauf ab, gering literalisierte Erwachsene zur umfassenden Teilhabe an allen Lebensbereichen, im privaten wie beruflichen Umfeld, zu selbstständigem Lernen und eigenverantwortlichem Handeln zu befähigen. Neben dem Erlernen des Lesens und Schreibens umfasst Grundbildung den Erwerb von Rechenfähigkeiten, digitalen Grundkenntnissen, kulturellen und demokratischen Werten, sozialen Grundkompetenzen sowie Basiswissen aus den Themenfeldern Gesundheit, Ernährung und Finanzen. Nach aktuellem wissenschaftlichem Befund sind deutschlandweit rund 6,2 Millionen Erwachsene als gering literalisiert anzusehen, auf Baden-Württemberg entfallen statistisch gesehen rund 700.000 Betroffene. Bei der beschleunigten Dynamik der Veränderungsprozesse, insbesondere durch die digitale Transformation, besteht für diesen Personenkreis mit ohnehin geringen Teilhabe- und Aufstiegsmöglichkeiten die Gefahr, in Arbeitswelt und Gesellschaft noch stärker ausgegrenzt zu werden. Seit 2013 verfolgt deshalb das Land verstärkt die Aufgabe, die Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener zu verbessern. Zur Unterstützung aller Akteure in diesem Bereich wurde in Baden-Württemberg die Fachstelle für Grundbildung und Alphabetisierung eingerichtet und ein

entsprechendes Landesprogramm aufgelegt. Darüber hinaus wurden folgende Schritte bereits eingeleitet oder stehen in Kürze an:

- Ausbau des Landesbeirats für Alphabetisierung und Grundbildung Baden-Württemberg, dem sich 32 Verbände und Einrichtungen insbesondere aus den Bereichen Bildung, Wirtschaft, Soziales und Kirchen angeschlossen haben. Davon gehören 25 dem Bündnis für Lebenslanges Lernen an;
- Mitwirkung der beteiligten Bündnispartnerinnen und -partner bei der Umsetzung des Auftrags des Ministerrats, unter Federführung des Kultusministeriums eine ressortübergreifende Landesstrategie zu erarbeiten, um die Zahl der gering literatisierten Erwachsenen in Baden-Württemberg weiter zu verringern und das Grundbildungsniveau zu erhöhen. Zielsetzung der Landesstrategie ist unter anderem, für die unterschiedlich berührten Zielgruppen jeweils angepasste Umsetzungsformate zu entwickeln, zu realisieren und hinsichtlich ihrer Wirksamkeit zu begleiten.

5. Wandel der Angebotsformen gestalten

Der technologische Fortschritt und die damit einhergehende digitale Durchdringung aller Lebensbereiche verändern Wertvorstellungen und prägen Arbeitswelt und Zusammenleben. Forderungen nach besser in den Berufsalltag integrierbaren Qualifizierungsmöglichkeiten, nach besseren Work-Life-Balance-Bedingungen, nach einem sensibleren Umwelt- und Ressourcenverhalten oder nach barrierefreien Zugängen zu neuen Kommunikationstechnologien sind Anzeichen dieser Entwicklung. Digital gestützte Lerneinheiten und neue Formen des Präsenzunterrichts fördern schon heute die Motivation des Einzelnen, seine persönliche Weiterbildung selbst in die Hand zu nehmen und damit den individuellen wie beruflichen Werdegang weitgehend selbständig zu gestalten. Bildungsanbieter sind aufgefordert, ihr Angebotsspektrum im Hinblick auf Inhalte, Methoden und Zugangsmöglichkeiten zu erweitern, diese den Bedarfen und Interessen unterschiedlicher Zielgruppen entsprechend anzupassen und neue Zielgruppen anzusprechen. Eine intensivere Ansprache brauchen vor allem bildungsungewohnte Menschen, die oft besser durch aufsuchende Angebote und unterstützende Maßnahmen zum selbstständigen Lernen erreicht werden können. Es gilt, Möglichkeiten zur Weiterbildungsteilnahme auch unabhängig von Wohnort oder Lebensphase sicherzustellen, für bildungsungewohnte Menschen neue Konzepte zur aufsuchenden Bildungsarbeit zu entwickeln sowie eine engere Zusammenarbeit mit Arbeitgebern, Behörden, sozialen und kulturellen Einrichtungen anzustreben. Um Weiterbildungsakteure in ihren Bemühungen zu unterstützen, nehmen sich die Bündnispartnerinnen und -partner folgender Handlungsfelder an:

- Förderung und Begleitung innovativer Konzepte zum selbstgesteuerten, informellen und non-formalen Lernen unter Einbeziehung digitaler Instrumente und Plattformen sowie frei zugänglicher Lern- und Lehrmaterialien;
- Erprobung und Umsetzung innovativer Lehr- und Lernformate am Arbeitsplatz, bei Bildungsanbietern und an erweiterten Lernorten, die der Kompetenzfeststellung und Höherqualifizierung von An- und Ungelernten sowie geringqualifizierten Beschäftigten und Arbeitssuchenden dienen;
- Weiterentwicklung und Implementierung modularer Fortbildungsangebote zur engeren Verzahnung der höherqualifizierenden Berufsbildung mit der wissenschaftlichen Weiterbildung insbesondere mit dem Ziel eines flächendeckenden beruflichen und wissenschaftlichen Weiterbildungsangebots;
- Unterstützung der digitalen Bildung von haupt- und nebenberuflichen sowie ehrenamtlich Mitarbeitenden, Entscheidungsträgern, Organisatoren und Administratoren durch entsprechende Angebote;
- Unterstützung personalisierter Zugangswege in der Weiterbildung durch abgestimmte Förderangebote zur Realisierung von Mentoren- und Tandem-Programmen sowie zu aufsuchenden Maßnahmen von Weiterbildungsträgern, Sozialpartnern und Multiplikatoren. Dazu gehört auch die Stärkung entsprechender Kompetenzen bei Lehrenden und in Leitungs- bzw. Organisationsfunktionen Tätigen.

6. Qualität der Weiterbildung gewährleisten

Weiterbildung in hoher Qualität bietet Chancen zur Entfaltung personaler, sozialer und fachlicher Kompetenzen. Die Angebote tragen dabei unterschiedlichen Bedürfnissen und Anforderungen in der Erwerbs- und Bildungsbiografie Rechnung: von der Feststellung, Nutzung und Förderung informell und non-formal erworbener Kompetenzen bis hin zur Anerkennung formal erworbener Fortbildungsabschlüsse oder akademischer Grade. Es gibt vielfältige themen- und einrichtungsspezifische Weiterbildungsangebote, die beispielsweise mit einem Zertifikat oder einer Teilnahmebescheinigung abgeschlossen werden können. Weiterbildungsinteressierte haben dabei einen Anspruch auf ein hohes Maß an Transparenz über die Qualität der Lernangebote und auf eine entsprechende Qualitätssicherung. Die Methoden zur Qualitätssicherung sind unterschiedlich, bereichsspezifische Qualitätsentwicklungskonzepte und ISO-Zertifizierungen gehören ebenso dazu wie trägerspezifische Akkreditierungs- und Qualitätssicherungsverfahren. Entscheidend ist, Qualitätssicherungsverfahren und Zertifizierungsmöglichkeiten in der Breite nachvollziehbar anzuwenden. So lassen sich eine größere Durchlässig-

keit im Bildungswesen erreichen und Anrechnungsmöglichkeiten in der Weiterbildung erweitern. Zu den Handlungsfeldern der Bündnispartnerinnen und -partner gehören:

- breitere Nutzbarmachung von Qualitätsmanagementsystemen und Zertifizierungsmöglichkeiten, die den Bedürfnissen von Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft Rechnung tragen;
- Stärkung der Durchlässigkeit des Bildungswesens durch eine erweiterte Anrechnung von außer(hoch)schulisch erworbenen Kompetenzen sowie durch eine engere Zusammenarbeit zwischen den Weiterbildungsbereichen;
- Bedarfserhebung, Identifizierung und Vermittlung von ‚Future Skills‘ und entsprechender Ausbau von qualitätsgesicherten Maßnahmen zur Kompetenzentwicklung unter Berücksichtigung und ggf. Anerkennung informell und non-formal erworbener Kompetenzen;
- kontinuierliche auf Bedarfserhebung basierende Qualifizierungsmaßnahmen für Lehrende in der Weiterbildung sowie für Personen in Organisations- und Leitungsfunktionen.

7. Information, Transparenz und Zusammenarbeit fördern

Um die neu definierten Ziele des Bündnisses für Lebenslanges Lernen erfolgreich umsetzen zu können, bedarf es großer gemeinsamer Anstrengungen. Informationsaustausch, Transparenz und Kooperation sind dabei die Grundpfeiler für eine erfolgreiche Bündnisarbeit, die nach innen und außen wirkt. Regelmäßige Sitzungen der Arbeits- und Fachgruppen innerhalb des Bündnisses tragen dazu bei, dass sowohl Dachorganisationen und Verbände der Weiterbildung als auch die beteiligten Ministerien und die Landeszentrale für politische Bildung ihre Aufgabenbereiche und Ziele auf eine gemeinsame Basis stellen, gemeinsame Handlungsfelder leichter erkennen und dadurch flächendeckende Maßnahmen ergreifen können, die für die gesamte Weiterbildung in Baden-Württemberg von Nutzen sind. Auch länderübergreifende Trends werden durch die offene Bündnisarbeit transparenter und erleichtern die Entscheidungsfindung bei richtungsweisenden Weiterbildungsfragen im Land.

Nach außen wirkt das Bündnis vor allem durch das Weiterbildungsportal Baden-Württemberg unter www.fortbildung-bw.de, das als zentrale Informations- und Kommunikationsplattform für alle an Weiterbildung Interessierten verstanden wird. Darüber hinaus steht als technische Infrastruktur der Digitale Weiterbildungscampus zur Verfügung, der als virtueller Lehr- und Lernraum, Besprechungszimmer, Austauschplattform und Online-Beratungschat genutzt wird. Um die Transparenz der Bündnisarbeit nach innen und außen weiter auszubauen, setzt das Bündnis vor allem auf folgende Maßnahmen:

- Stärkung der Zusammenarbeit im Bündnis für Lebenslanges Lernen sowie der Kooperation mit Multiplikatoren, interdisziplinären Arbeitskreisen sowie Expertinnen und Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Praxis;
- Weiterführung der Arbeits- und Fachgruppenarbeit unter besonderer Berücksichtigung der in diesem Vereinbarungstext definierten Kernziele sowie Förderung innovativer Einzel- und Gemeinschaftsprojekte aus dem Landesprogramm Weiterbildung. Dazu gehört auch die Dokumentation der Ergebnisse der Bündnisarbeit und die kontinuierliche Fortschreibung von Themenfeldern, die einen besonders hohen Handlungsbedarf in den kommenden Jahren aufzeigen;
- Erweiterung der technischen Infrastruktur des Digitalen Weiterbildungscampus sowie Einbindung geeigneter Bildungsmedien für Weiterbildungsträger in Baden-Württemberg (z. B. zur gemeinsamen Nutzung von OER). Dazu zählt auch die Integration neuer, speziell für die Weiterbildung geeigneter Softwareprodukte sowie die gemeinsame Entwicklung und Nutzung von digital unterstützten Lernszenarien;
- Fortführung und Weiterentwicklung des Landesnetzwerks Weiterbildungsberatung (LN WBB) mit seinen über 160 Mitgliedseinrichtungen sowie des Netzwerks berufliche Fortbildung, einem Zusammenschluss von landesweit 1.300 Weiterbildungseinrichtungen und weiterbildungsaffinen Organisationen;
- Bekanntmachung von erfolgreichen Weiterbildungsmodellen, Leuchtturmprojekten und Best Practice-Beispielen sowie flächendeckenden Maßnahmen durch die Vergabe von Auszeichnungen, wie z. B. dem Landesweiterbildungspreis Baden-Württemberg;
- Ausbau der öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen des Bündnisses für Lebenslanges Lernen, z. B. durch Informationskampagnen, Dokumentationen, Flyer und Broschüren sowie ressortübergreifende Fachtagungen und Kongresse. Dazu gehört auch die Weiterentwicklung und Optimierung der Webseiten des Bündnisses, des Digitalen Weiterbildungscampus und des Fortbildungsportals auf www.fortbildung-bw.de.

Rahmenbedingungen

Um die vereinbarten Zielsetzungen zu erreichen, werden die rechtlichen Rahmenregelungen zur Stärkung und Förderung der Weiterbildung auf Landes- und Bundesebene den jeweiligen Bedarfslagen von Anbietern und Teilnehmenden angepasst nutzbar gemacht und Förderprogramme auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene ausgeschöpft. Zu den relevanten Regelungen auf Landesebene gehört das Bildungszeitgesetz Baden-Württemberg (BzG), das den Beschäftigten eine Arbeitsfreistellung von bis zu fünf Tagen im Jahr für Zwecke der beruflichen und politischen Weiterbildung sowie für die Qualifizierung im Ehrenamt bietet. Auf Bundesebene eröff-

nen sich durch das Qualifizierungschancengesetz, das Arbeit-von-morgen-Gesetz, das Fachkräfteeinwanderungsgesetz und das Teilhabechancengesetz neue Möglichkeiten. Auch die im Rahmen der Nationalen Weiterbildungsstrategie ggf. zu erwartenden zusätzlichen Gestaltungsspielräume werden bei der Umsetzung von Maßnahmen einbezogen. Hierbei wird sich das Land insbesondere für eine verbesserte Anerkennung von Qualifikationen einsetzen.

Erhalt, Fortentwicklung und Ausbau von Weiterbildungsangeboten sowie Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung erfordern neben entsprechenden Leistungen der Teilnehmenden weiterhin ressourcenbezogene Anstrengungen der Akteure aus Wirtschaft, Gesellschaft, Land und Kommunen (siehe Artikel 22 Landesverfassung). Die Unterstützung durch das Land und die Kommunen auf Grundlage dieser Vereinbarung erfolgt im Rahmen ihrer finanzwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und beinhaltet unter dem Vorbehalt entsprechender künftiger Prüfungen und Entscheidungen des Haushaltsgesetzgebers insbesondere

für den Bereich der allgemeinen Weiterbildung:

- die Zusicherung, den durch die Digitalisierung entstehenden Mehraufwand bei den Einrichtungen in den Blick zu nehmen und Unterstützungsmöglichkeiten auszuloten, sowie die mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 auf die Höhe des Bundesdurchschnitts angehobene Grundförderung, mit Blick auf das Fernziel einer Drittelförderung durch das Land, während der Geltungsdauer schrittweise weiter um 28 Prozent zu erhöhen. Die Entscheidung wird im Rahmen der jeweiligen künftigen Haushaltsaufstellungsverfahren im Lichte der dann gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen getroffen. Um die Arbeit des Bündnisses für Lebenslanges Lernen zu unterstützen, gilt es daneben das Landesprogramm Weiterbildung fortzuführen, das neben den öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen der Geschäftsstelle insbesondere die Förderung des Digitalen Weiterbildungscampus (DWC) und des Landesnetzwerks Weiterbildungsberatung (LN WBB) gewährleistet und darüber hinaus die Umsetzung innovativer Projekte zu Handlungsfeldern der neuen Vereinbarungen ermöglicht;

für den Bereich der beruflichen Weiterbildung:

- die Betreuung und Förderung des Netzwerks für berufliche Fortbildung, die Finanzierung der Regionalbüros sowie die Weiterentwicklung und Förderung des Weiterbildungsportals des Landes unter www.fortbildung-bw.de fortzuführen und auszubauen. Als individuelle Förderangebote im Bereich der beruflichen Weiterbildung existieren die Fachkursförderung, die Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung nach dem AFBG sowie die Meisterprämie im Handwerk, deren Ausweitung auf andere Wirtschaftszweige angestrebt wird. Daneben werden der Bau und die Ausstattung überbe-

trieblicher Berufsbildungsstätten gefördert. Ein weiterer wichtiger Bereich ist die Förderung innovativer Weiterbildungsprojekte, wie beispielsweise die Qualifizierungsverbände. Außerdem werden Informations- und Werbemaßnahmen zur beruflichen Weiterbildung durchgeführt sowie Studien und Gutachten in Auftrag gegeben;

für den Bereich der wissenschaftlichen Weiterbildung:

- das Matching zwischen Nachfrage der Wirtschaft und den Angeboten der Hochschulen vor allem mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen weiter zu verbessern. Im Fokus stehen dabei insbesondere neben weiterbildenden Bachelor- und Masterstudienangeboten die kürzeren Bildungsformate wie Kontaktstudien. Sie ermöglichen ein bedarfsorientiertes und passgenaues Lernen;

für den Bereich Weiterbildung im ländlichen Raum:

- die regional verankerte Weiterbildungslandschaft zu stärken. So darf ein breitgefächertes und qualitativ hochwertiges Weiterbildungsangebot den ländlichen Räumen nicht vorenthalten werden. Dabei sollen auch die Mehrwerte und Potentiale einer digitalen Weiterbildungsinfrastruktur für den ländlichen Raum verstärkt genutzt werden. Damit können die Menschen im ländlichen Raum ortsunabhängig Weiterbildungsangebote nutzen. Bildungsträger haben gerade im ländlichen Raum die Chance, Kooperationen einzugehen und (digitale) berufsbildende und -begleitende Angebote aufzulegen. Die Zielgruppen sind dabei so vielfältig wie der ländliche Raum in Baden-Württemberg: in der Landwirtschaft tätige Personen, Familien, Senioren, Berufseinsteiger, Gründer und andere. Auch dies trägt zu einer zukunftssicheren Entwicklung des ländlichen Raumes bei und ermöglicht den Menschen eine Vertiefung und Erweiterung ihrer Kenntnisse in vielfältigen Bereichen. Weiterbildung leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit, zum Erfolg der Wirtschaft und zur Lebensqualität im ländlichen Raum.

Schlussbemerkung und Ausblick

Die genannten Ziele und Handlungsfelder sollen bis 2025 im Fokus der gemeinsamen Bündnisarbeit stehen. In dieser Zeit ist eine kontinuierliche Fortschreibung der Inhalte und Themen erforderlich. Dies gilt insbesondere auch, um den derzeit noch nicht absehbaren Entwicklungen im Zuge der Corona-Pandemie zu begegnen.

Vor dem Hintergrund der weitreichenden Umwandlungsprozesse ist es den Bündnispartnerinnen und -partnern ein besonderes Anliegen, die Öffentlichkeit für die stetig wachsende Bedeu-

tung der Weiterbildung und des Lebenslangen Lernens zu sensibilisieren. Nur so können sie alle beteiligten Akteure in ihren Bemühungen unterstützen, eine bedarfsgerechte und dabei an den individuellen Fähigkeiten des Einzelnen orientierte, moderne Lehr- und Lernkultur zu entwickeln. Diesen Prozess werden die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Strategiepapiers „GEMEINSAM. FÜR. WEITERBILDUNG“ und die hierfür zuständige Geschäftsstelle im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport begleiten. Parallel dazu arbeitet das Bündnis weiterhin an der Umsetzung seiner allgemeinen Ziele. Für die einzelnen Maßnahmen sind je nach Ressortzuständigkeit die entsprechenden Ministerien verantwortlich. Am Ende der Laufzeit des vorliegenden Dokuments sollen die bisher erreichten Ziele dokumentiert und neue Vereinbarungen zur Weiterentwicklung des Bündnisses für Lebenslanges Lernen getroffen werden.

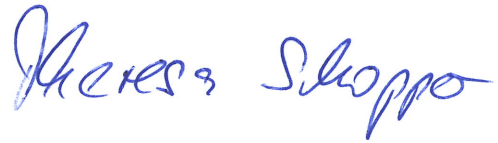
Stuttgart, 20. Juli 2020



Die Ziele des Bündnisses für Lebenslanges Lernen „GEMEINSAM. FÜR. WEITERBILDUNG“
2021-2025 unterzeichnen für die Landesregierung:



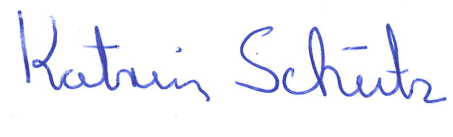
Dr. Susanne Eisenmann
Ministerin
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
Baden-Württemberg



Theresa Schopper
Staatsministerin
Staatsministerium Baden-Württemberg



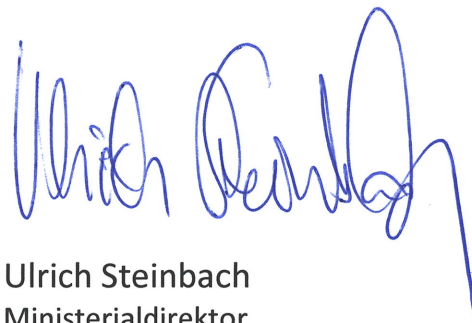
Friedlinde Gurr-Hirsch MdL
Staatssekretärin
Ministerium für Ländlichen Raum und
Verbraucherschutz Baden-Württemberg



Katrin Schütz
Staatssekretärin
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und
Wohnungsbau Baden-Württemberg



Bärbl Mielich MdL
Staatssekretärin
Ministerium für Soziales und Integration
Baden-Württemberg



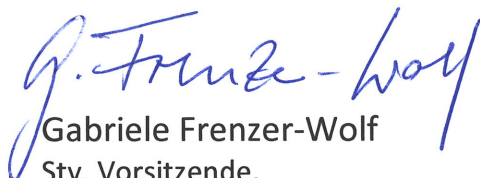
Ulrich Steinbach
Ministerialdirektor
Ministerium für Wissenschaft, Forschung
und Kunst Baden-Württemberg



Die Ziele des Bündnisses für Lebenslanges Lernen „GEMEINSAM. FÜR. WEITERBILDUNG“
2021-2025 unterzeichnen für Weiterbildungsorganisationen, Kirchen und Verbände:



Prof. Christel Althaus
Vorsitzende, für den Landesfamilienrat
Baden-Württemberg



Gabriele Frenzer-Wolf
Stv. Vorsitzende,
für den Deutschen Gewerkschaftsbund,
Bezirk Baden-Württemberg



Peer-Michael Dick
Hauptgeschäftsführer, für die
Landesvereinigung
Baden-Württembergischer
Arbeitgeberverbände e. V.



Lothar Frick
Direktor, für die
Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg



Dr. Joachim Drumm
Ordinariatsrat, für die
Diözese Rottenburg-Stuttgart



Martin Hahn MdL
Vorsitzender, für die Arbeitsgemeinschaft
ländlicher Erwachsenenbildung in
Baden-Württemberg e. V. (ALEB)



Christian O. Erbe
Vizepräsident, für den
Baden-Württembergischen
Industrie- und Handelskammertag e. V.



Christine Höppner
Vorsitzende, für die Kirchliche Landes-
arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbil-
dung in Baden-Württemberg (KiLAG)





Dr. Hermann Huba
Verbandsdirektor, für den
Volkshochschulverband
Baden-Württemberg e. V.



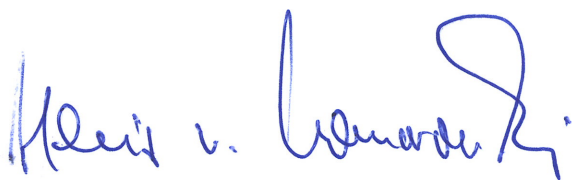
Dr. Norbert Lurz
Oberkirchenrat, für die
Evangelische Landeskirche in Württemberg



Roger Kehle
Präsident, für den
Gemeindetag Baden-Württemberg



Michael Makurath
Oberbürgermeister
Stv. Präsident, für den
Städtetag Baden-Württemberg



Prof. Dr. Alexis von Komorowski
Hauptgeschäftsführer, für den
Landkreistag Baden-Württemberg



Susanne Orth
Ordinariatsrätin, für die
Erzdiözese Freiburg



Andrea Krieg
Geschäftsführerin, für den
Landesverband Baden-Württemberg
im Deutschen Bibliotheksverband e. V.



Christian Rauch
Vorsitzender der Geschäftsführung, für
die Regionaldirektion Baden-Württemberg
der Bundesagentur für Arbeit





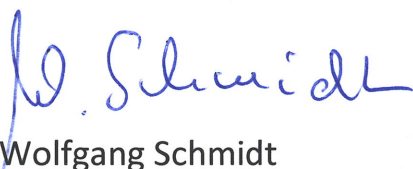
Siegfried Reissing
Superintendent, für die
Evangelisch-methodistische
Kirche in Baden-Württemberg



Dr. Klaus Vogt
Vorstandsvorsitzender, für das
Kolping-Bildungswerk Württemberg e. V.



Gabriele Schaub
Stv. Sprecherin der Landesgruppe
Baden-Württemberg, Deutsche Gesellschaft
für wissenschaftliche Weiterbildung und
Fernstudium e. V. (DGWF)



Wolfgang Schmidt
Oberkirchenrat, für die
Evangelische Landeskirche in Baden



Oskar Vogel
Hauptgeschäftsführer, für den
Baden-Württembergischen
Handwerkstag e. V.

